

Ein Leserbrief scheut das Licht der Öffentlichkeit

Holger Steltzner ist Mitherausgeber der FAZ, die am 11.03.2014 auf Seite 1 seinen Leitartikel zu den Attacken gegen die deutschen Exportüberschüsse plazierte. Die wurden im November 2013 durch EU-Kommission, die USA und den IWF zeitgleich in konzertierter Aktion vorgetragen. Interessanter Weise ging Steltzner auf die Hintergründe, wie die Attacke zustande gekommen ist, mit keinem Wort ein. In einem Leserbrief wollte ich auf diese Unterlassung hinweisen. Er wurde bis heute nicht veröffentlicht.

Ganz offensichtlich ist eine Veröffentlichung dieser Fakten nicht im Interesse der FAZ-Redaktion! Warum eigentlich? Hat doch die FAZ selbst in den Jahren zuvor diese Fakten veröffentlicht! Es gibt sie also noch, die Zensur, sogar bei den sich seriös gebenden Medien. Zensur muß also nicht staatlich angeordnet werden, wenn sie von einem allgemeinen Konsens getragen wird:

Fakten werden einfach unterdrückt. Nicht nur im Fall der Krim-Krise, auch im Bereich der Ökonomie. Die „politische Ökonomie“, über die Friedrich List sein Werk: „Das nationale System der Politischen Ökonomie“ verfaßte, existiert also doch. Auch die sich international gebenden Ökonomen dieser Zeit und ihre Multiplikatoren in den Medien sind im Denken und ihren Werten politisch geprägt. Man muß nur etwas genauer hinschauen, um das zu erkennen, und sie singen bereitwillig das Lied des Herren, dessen Brot sie essen. Der Herr ist in diesem Fall der Zeitgeist des Globalkapitalismus, dessen Werte sie verinnerlicht haben.

Der Leserbrief

zum FAZ Leitartikel „Trugbild Handelsbilanz“ von Holger Steltzner, 11.03.2014 Seite 1.

Holger Steltzner wirft der EU-Kommission vor, sie schüre den Streit über Deutschlands Exporterfolge. Doch die Kommission vollzieht damit nur den Stabilitäts- und Wachstumspakt, der auf der Tagung der EU-Finanzminister am 18.09.2011 in Breslau verschärft wurde: Die Minister beschloßen damals, daß nicht nur Leistungsbilanzdefizite, sondern auch Leistungsbilanzüberschüsse (euphemistisch: makroökonomische Ungleichgewichte) künftig bestraft werden müssen. Und zwar mit bis zu 0,5 Prozent des BIP, wenn sie zwei Jahre lang die Marke von 6 Prozent des BIP übersteigen. Interessant dabei ist, daß dieser Passus auf Drängen des US-Finanzministers Timothy Geithner aufgenommen wurde, der an dieser Tagung der EU-Finanzminister teilnahm. Aber auch das ist interessant. Was hat ein US-Finanzminister auf einer Tagung der EU-Finanzminister eigentlich verloren?

Die Medien (auch die FAZ vom 19.09.2010) hatten darüber berichtet, aber die Frage, was ein US-Finanzminister auf einer EU-Tagung überhaupt zu suchen hat, stellte sich ihnen nicht. Sie berichteten auch nicht, wie der Deutsche Finanzminister Wolfgang Schäuble abgestimmt hat. Ihm müßte klar gewesen sein, daß sich der neue Passus einzig und allein gegen die deutschen Exportüberschüsse richtete. Allgemein bekannt war auch, daß die Eurokrisenländer die Schuld an ihrer Misere auf die hohen Exporte Deutschlands schoben. Wie groß der Ärger in den internen Regierungskreisen und Politzirkeln der betroffenen Euro-Länder war und ist, hat die US-Regierung sicherlich durch ihren NSA Dienst im Detail erkunden lassen. Für den US-Finanzminister war es dadurch ein Leichtes, diese Voreingenommenheit für das Abstimmungsergebnis auszunützen. Doch welches Interesse haben eigentlich die USA, Deutschland zu einer Senkung der Exportüberschüsse zu nötigen? Leider verliert Holger Steltzner dazu kein Wort!

Die Medien erklären dieses Interesse in seltsamem Gleichklang damit, daß die USA bemüht sind, ihre eigene Wirtschaftskrise zu überwinden, wozu eine Exportsteigerung hilfreich wäre. Diese sei aber wegen des Nachfrageausfalls aus den Euro-Krisenländern erschwert. Somit hätten die übermäßigen Exporte Deutschlands nicht nur die Euro-Partner beschädigt, sondern auch den Erfolg der Krisenbewältigung in den USA behindert. Daß dieser Argumentationskette die Grundlage fehlt, weil das Exportvolumen Deutschlands in die Euro-Partnerländer zu vernachlässigen sei, hat Holger Steltzner richtiger Weise festgestellt, aber das Motiv, warum die USA die deutschen Exporte so vehement – auch mit unerlaubten Vorgehensweisen – bekämpfen, nennt er nicht.

Die USA könnten, wie alle anderen Wirtschaftsnationen auch, ihre Wirtschaft ankurbeln, in dem sie die Exporte über eine Abwertung ihrer Währung steigern! Mit ihrer übermäßigen Vermehrung der Geldmenge und der fortwährenden Steigerung der Staatsausgaben sind sie ja ohnehin auf dem besten Weg dazu. Doch gleichzeitig setzen sie alle Hebel in Bewegung, den US-Finanzmarkt für die Finanzinvestoren der ganzen Welt so attraktiv wie möglich zu machen. Damit locken sie Gelder der Finanzanleger aus aller Herren Länder an, die US-Wertpapiere nachfragen, wozu sie ihre Devisen in US-Dollar eintauschen müssen. Mit den zufließenden Devisen sind die USA in der Lage, ihre Leistungsbilanzdefizite zu bezahlen, und sie verhindern gleichzeitig ein stärkeres Absacken des Dollarwertes, der sich seit Jahrzehnten in stetigem „Sinkflug“ befindet. Seine Funktion als Leitwährung (im Welthandel und Devisenreserve) ginge verloren, womit die Amerikaner ihr Privileg einbüßten, sich *in einer Währung zu verschulden, die sie selbst schaffen können* (Rolf Langhammer in FAZ vom 08.11.2010 Seite 12). Das würde gleichzeitig das Ende der Vorherrschaft der US-Finanzindustrie auf den Weltfinanzmärkten bedeuten!

Ein starker Euro ist das wenigste, was die Amerikaner brauchen können! Somit haben sie die gleichen Interessen wie die Euro-Krisenländer, die die Ursache ihrer wirtschaftlichen Not in dem (relativ) starken Euro und den hohen Exporten Deutschlands sehen.

Die Motive der USA sind offenkundig! Warum nennt sie keiner?